

# Schuhmacher-Fachblatt

Erforsche die Wahrheit,  
dann kommst du zur Klarheit.

## Organ der deutschen Schuhmacher

Erscheint jeden Sonntag. — Abonnementspreis: pro Quartal durch die Expedition per Kreuzband bezogen 1,10 Mk., bei der Post 95 Pf. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. Auch zu beziehen durch die Expedition in Sofia. Kreuzbandsendungen innerhalb Deutschlands und nach Oesterreich kosten 4 Exemplare a 1 Mk. 10 Pf. pro Quartal, 5 und mehr Exemplare a 85 Pf. pro Quartal; nach der Schweiz und dem übrigen Ausland unter 4 Exemplaren a 1 Mk. 80 Pf. pro Quartal, 4 und mehr Exemplare a 90 Pf. pro Quartal. — Das „Schuhmacher-Fachblatt“ steht in der Postzeitungs-Preisliste unter Nr. 7114. — Inserate werden mit 25 Pf. die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet. Bei dreimaliger Wiederholung 5 Prozent Rabatt, bei fünfmaliger 15 Prozent, bei zehnmaliger 20 Prozent, bei zwanzigmaliger 33 1/2 Prozent und bei jährlicher Aufnahme 50 Prozent Rabatt.

Nr. 19

Gotha, 10. Mai

1903

## Hunger, Not und Elend

müssen unsere Kollegen und Kolleginnen mit ihren Kindern in Pirmasens erdulden, wenn ihr Kollegen und Kolleginnen nicht an jedem Lohnstag opfert was ihr könnt.

Auf die Kniee will Fabrikantenwillkür die Arbeiter zwingen, weil sie sich mit euch vereinigen, und losreißen will Fabrikantendespotismus sie von euch

Das darf nicht sein. Ein Herrscher ist der, der nicht gibt was er kann, um das Elend seiner Brüder und Schwestern zu lindern. Sammelt, sammelt, sammelt fortgesetzt, bis wir euch ein gutes Resultat berichten können.

### Verein deutscher Schuhmacher.

#### Berichtungen des Zentralvorstandes.

Kollegen! Wie aus den letzten Nummern des „Fachblatt“ zur Genüge hervorgeht, hat unsere Organisation augenblicklich einen schweren Kampf durchzuführen. Die Schuhfabrikanten in Pirmasens haben unseren Kollegen durch eine brutal inszenierte Aussperrung von circa 6000 bis 8000 Personen einen Kampf aufgezwungen, von dessen Ausgang Sein oder Nichtsein unserer Pirmasenser Zahlstelle abhängen wird.

Der ganze Plan der Fabrikanten ist darauf angelegt die Organisation der Arbeiter zu vernichten. Im Wintergrunde launert dann die rücksichtsloseste Ausbeutung, gefeiert durch bis dahin unerhörte Lohnrückbildungen.

Kollegen! Dies soll und darf nicht geschehen, wir müssen deshalb an uns selbst die größten Anforderungen stellen, unsere Opferwilligkeit muß in diesen Tagen des Kampfes die höchste Leistungsfähigkeit aufzuweisen haben. Durch die Aufbringung aller zum Kampfe erforderlichen materiellen Mittel wollen wir den Beweis erbringen, daß die Worte

#### Brüderlichkeit und Solidarität

nicht leeres Schall und Rauch sind, sondern daß dieselben in unseren Herzen einen lebendigen Widerhall gefunden haben, einen Widerhall, der sich kund gibt in umfangreichen Selbstsammlungen zu gunsten unserer ausgesperrten Arbeitkollegen.

Auch anderswo stehen die Kollegen im Kampf, so in Bremen, Berlin, Hamburg, Magdeburg, Breslau, Regensburg, um und einigen anderen Orten, allüberall handelt es sich darum, die Lebenslage unserer Kollegen, insbesondere die Lage der Schöharbeiter, etwas besser zu gestalten.

Kollegen! Aus alledem werdet ihr den Ernst der gegenwärtigen Lage erkennen, ihr werdet aber nun auch allerorts die größten Anstrengungen machen, um die nötigen Mittel zur Unterstützung dieser Kämpfe herbeizuschaffen.

Die Kämpfe, die wir gegenwärtig zu führen haben, sind groß und schwer, noch größer aber ist der Preis, den es zu erringen gilt. Dieser Preis heißt: **Anerkennung unserer Organisation und Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse.**

Kollegen! Dieser Preis ist der größten Opfer wert. Wie in Zeiten der Gefahr der Mut und die Energie des Mannes wächst, so Kollegen soll in diesen Tagen des Kampfes unsere materielle Spannkraft, unsere Opferwilligkeit keine Grenze finden, wir wollen alles daran geben, um durch Aufbringung der nötigen Unterstützungsmittel unseren im Kampfe stehenden Kollegen zum Siege zu verhelfen.

Alleinliche gesammelten Gelder sind an **Gg. Reuß, Nürnberg, Mägdelorferstr. 10** einzuliefern.

Und nun Kollegen tut überall eure Schuldigkeit.

Nürnberg, den 1. Mai 1903.

Der Vorstand.

### Die Reichstagswahlen.

Nach langem Hin- und Herreden über den Termin der nächsten Reichstagswahlen ist derselbe auf den 16. Juni, einem Dienstag festgesetzt worden. Nur etwa noch fünf Wochen trennen uns von demselben und es ist daher bereits schon auf der ganzen Linie die Wahlbewegung eröffnet. Derselben hat die gesamte Arbeitererschaft die größte Aufmerksamkeit zu widmen, denn die Tätigkeit des Reichstages berührt alle Interessen der Arbeiter und es bedarf darum auch keiner besonderen Rechtfertigung dafür, daß sich damit auch die Gewerkschaftsvereine beschäftigen. Selbst die weitest getriebene Neutralität kann für die Gewerkschafter nicht den Ver-

zicht auf die Arbeiterpolitik, sondern nur auf eine bestimmte Parteipolitik bedeuten, in welcher Beziehung es jedes einzelne Gewerkschaftsblatt halten mag wie es will. Angesichts der wirtlichen Parteiverhältnisse in Deutschland wäre es aber ein kindliches Verstecken spielen, allen Parteien gegenüber sich gleich objektiv zu verhalten und zu keiner eine bestimmte Stellung einzunehmen, denn man kann unmöglich der Beantwortung der Frage ausweichen, wie sich die Parteien zu den Arbeitern verhalten. Stellt man diese Frage, so ist die Situation auch schon geklärt. Die Konservativen sind offene brutale Arbeiterfeinde, die Antisemiten ebenfalls, die Nationalliberalen nicht minder, die beiden freisinnigen Parteien zwar nicht, aber sie sind noch immer von der überlebten mandchesterlichen Doktrin beherrscht und Gegner der Arbeiterschutzgesetzgebung, insbesondere derjenigen, die in das Arbeitsverhältnis eingreift. Nicht mit einem Worte zu charakterisieren ist das Zentrum. Unter seinen circa zwei Millionen Wählern sind hunderttausende von Arbeiterstimmen, die nicht, wie diejenigen der Konservativen und Nationalliberalen durch brutalen Terrorismus erpreßt oder durch Besornmung erschlichen, sondern, da sie erklärte Parteigänger des Zentrums, freiwillig gegeben sind. Aber darum ist die Zentrumspartei noch keine Arbeiterpartei, sie ist vielmehr, da sie von Haus aus eine konfessionelle Partei, ein wahres Sammelsurium aller möglichen Gesellschaftsklassen und Interessengruppen; das Zentrum ist auch eine Junker- und Bauernpartei und das Bestreben, allen diesen verschiedenen, einander widerstrebenden Interessen gerecht zu werden, gleicht jenem andern, die Quadratur des Kreises zu lösen. Unter solchen Umständen ist das Zentrum eine charakterlose Partei mit charakterloser Politik, es nimmt den einen und gibt den andern und befriedigt auf diese Weise niemanden. Insofern das Zentrum Arbeiterpolitik treibt, tut es dies nicht als etwas, was gleichsam aus seiner Natur fließt, sondern aus Gründen der Zweckmäßigkeit, um den proletarischen Parteianhängern etwas zu bieten und sie auch fernerhin bei der Partei zu behalten. Man darf mit Gewißheit annehmen, daß das Zentrum in demselben Augenblick sich um keine Arbeiterpolitik mehr kümmern oder dieselbe gar wie heute die Konservativen und Nationalliberalen bekämpfen würde, da es keine oder nur noch wenige Arbeiteranhänger in seinen Reihen mehr hat. Tatsache ist heute schon, daß das Zentrum mit erschütterlichem innern Widerwillen eine nur schwächliche Arbeiterpolitik treibt, die in allen Fragen weit hinter den Wünschen und Forderungen der Arbeiter zurückbleibt.

Und nun die sozialdemokratische Partei. Was vertritt sie? Junkerinteressen, Geldsacksinteressen, die reaktionären Forderungen der Mittelstandsklasse? Nein. Sie vertritt nur die Arbeiterinteressen und es hat daher auch ein Poladowsky sie im Reichstage zum großen Aerger aller Scharmacher und Reaktionäre als Arbeiterpartei anerkennen müssen. Die sozialdemokratische Partei ist die Arbeiterpartei als solche, wie die Konservativen die Junkerpartei, die Nationalliberalen die Partei des großen Geldsacks sind. Die 2100000 sozialdemokratischen Stimmen von 1898 sind zum weitaus größten Teile Arbeiterstimmen, die 68 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten ehemalige Handwerker und Fabrikarbeiter, die aus dem untersten Volke hervorgegangen sind, die Leiden, das Denken und Empfinden des Volkes kennen und als Mitfühlernde Leid und Freud mit dem Volke

teilen. Darum auch geben die Leidenden und Gedrückten unter den Handwerkern und Bauern, unter den Beamten und Angestellten ihre Stimmen den Sozialdemokraten. Die Arbeiter mußten ganz naturgemäß bis auf den letzten Mann ihre Stimmen den sozialdemokratischen Kandidaten geben, selbst wenn sie mit dem sozialistischen Kandidat nicht einverstanden sind, aber sich um dasselbe nicht näher kümmern, weil die Sozialdemokraten die einzigen Politiker sind, welche mit Verständnis, Geschick und Energie die Arbeiterinteressen aller Art vertreten.

Die verfloßene fünfjährige Legislaturperiode des Reichstages bietet für die Würdigung der Parteien, aber auch für die Bedeutung desselben bezüglich der Arbeiterinteressen reiches Material. Revision der Gewerbeordnung, der Unfall- und Invalidenversicherungsgesetze, des Gewerbegerichtsgesetzes standen auf der Tagesordnung; Zuchthausvorlage, 12000 Mark-Affäre, Welt-politik, Flottenvermehrung, China-Krieg und Wucherzölle gaben diesem Reichstag ihr besonderes Gepräge. Das wenige Gute, das durch einige Kleinarbeit geschaffen wurde, ist in seinem Werte vollständig wieder illusorisch gemacht worden durch die Annahme der Wucherzölle, die durch die begleitenden parlamentarischen Staatsstreich nicht gemildert wurde. Darauf wird im Laufe der Wahlkampagne noch näher einzutreten sein. Volle Klarheit hat die Zollkampagne über die Stellung der Parteien zu den Allgemeininteressen verbreitet. Mit Ausnahme der sozialdemokratischen Partei und der freisinnigen Vereinigung bildeten alle übrigen Parteien ein Wucherzoll-Kartell mit dem Zwecke, die Taschen der Arbeiter und Konjumenten zu gunsten der Agrarier und der gewerblich-industriellen Unternehmer zu plündern, dem Ärmsten jedes Stückchen Brot, jeden Bissen Fleisch, jeden Schluck Bier zu verteuern. Kein Arbeiter sollte daher einer der Zollwucherparteien seine Stimme geben.

Sehr charakteristisch für die politischen Zustände in Deutschland ist die Tatsache, daß im Herbst 1898 der deutsche Reichstag im Zeichen der Zuchthausvorlage zu seiner ersten Session zusammentrat und daß er im Zeichen zuchthäuslerischer Bestrebungen seine Amtsperiode beschließt. Die Vorgänge von der Schweregeburten der Zuchthausvorlage sowie die hochgradige Aufregung, welche dieser schandbare Beschluß in allen Kreisen der deutschen Arbeitererschaft ohne Unterschied der Konfession, der politischen und sozialen Richtung hervorrief, sind noch in frischer Erinnerung, sind es ja noch keine drei Jahre her, daß er verdientermaßen an Schindanger verhaftet wurde. Die Empörung der gesamten Arbeiterklasse über dieses Attentat auf eines ihrer uneräußerlichen Menschenrechte, die tiefe Entrüstung darüber selbst weit in die bürgerlichen Kreise hinein, ließen den meuchlerischen Plan einer über der unerfälllichen Jagd nach Profit und Verschärfung sittlich verwahrlosten Scharmacherebande scheitern, aber der Schlag hatte sie nur betäubt, nicht vernichtet und sie ist daher seitdem ununterbrochen an ihrem schändlichen Werke, um demnach das gesteckte Ziel zu erreichen. Die reaktionären, arbeitserfindlichen Abiuten werden nicht müde, in dem Gesetze nach Entziehung der Arbeiter durch neue Zuchthausvorlagen und Ausnahmengesetze und die Arbeitererschaft muß sich dieser unaufhörlich gegen sie gerichteten Hege gerade in dieser Wahlbewegung stets bewußt bleiben, um sich durch die wahlbemagogischen Schwindeleien ihrer Feinde nicht beirren und verwirren zu lassen.

Mit welcher eisernen Konsequenz die Scharfmacher ihre elenden Pläne verfolgen, hat neuerdings die jüngst in Berlin stattgefundene Konferenz des „Deutschen Arbeitgeberverbandes“ durch den Beschluß bewiesen, beim Reichskanzler die Abänderung des § 153 der Gewerbeordnung, der gewisse Koalitionsverhandlungen unter Strafe stellt, zu beantragen und damit zu begründen, daß der Paragraph „völlig ungenügenden Schutz gegen die Uebergriffe und den Terrorismus“ auslösche. Besonders das Vorgehen von sogenannten Streikposten und das Verhängen von Sperren über einzelne Betriebe müßte, da diese dadurch ruiniert würden, unter Strafe gestellt werden.“ Also eine neue Zuchthausvorlage her. Dieselben kapitalistischen Hezer üben zwar einen brutalen Terrorismus als „Herren im Hause“ wie als Mitglieder ihrer Unternehmerorganisationen gegen die Arbeiter aus, sie maßregeln organisierte Arbeiter, sie fabrizieren schwarze Listen, sie sperren für die so Geachteten ihre terroristischen Unternehmer-Arbeitsnachweise, sie halten sich zu allem berechtigt — wenn aber die Arbeiter ihrerseits mit geeigneten Maßnahmen sich gegen den Unternehmerterrorismus wehren, dann werden die Herren nervös, dann geraten sie in Wut und dann schreiben sie: Das Zuchthaus her für die Arbeiter! So ist die Situation, in der die begonnene Wahlkampagne geführt werden muß.

Unser Rückblick auf die lebhafteste Zuchthausperiode wäre lüdenhaft, wenn wir nicht auch noch der damit in engstem Zusammenhang stehenden berüchtigten 12 000 Mark-Affäre gedenken würden. Der satism bekannte Bued hatte als Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, gewöhnlich nur Scharfmacherverband genannt, an die einzelnen Scharfmacher ein Rundschreiben geschickt, das vom 3. August 1899 datiert, unter andern folgende interessante Einzelheiten enthält: „Das Reichsamt des Innern hat mir persönlich gegenüber den Wunsch geäußert, daß die Industrie ihm 12 000 Mark zum Zwecke der Agitation für den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zur Verfügung stellen möchte. Ich habe diese Angelegenheit dem hiesigen Vorstände des Zentralverbandes, Herrn Geh. Finanzrat Jende unterbreitet, der aus naheliegenden Gründen für zweckmäßig erachtet hat, dieses etwas eigentümliche Verlangen nicht zurückzumeinen. Herr Geheimrat Jende hat für die Firma Krupp 5000 Mk. zu dem erwähnten Zweck zur Verfügung gestellt. Da die Firma Krupp 5000 Mk. spendete, betrachtete sie offenbar die Zuchthausvorlage ebenfalls als eine „Wohlfahrtsanwendung“. Im Grunde genommen ist ja auch der Geist der kapitalistischen Wohlfahrtsanwendungen der gleiche, der die Zuchthausvorlage erfüllte. Schade, daß dieser „berühmte“ Bued-Brief erst im Oktober 1900, also ein Jahr nach der Verhängung der Zuchthausvorlage, in der „Reipziger Volkszeitung“ veröffentlicht werden konnte, seine rechtzeitige Kenntnis hätte während der Zuchthauskampagne selbst mit der Wirkung einer Bombe vermerkt werden können. Die sozialdemokratische Fraktion nahm den Brief zum Anlaß einer Interpellation an den Reichskanzler, wobei sie die gehässige Kritik an einer solchen arbeiterfeindlichen Geldsack- und Scharfmacherpolitik übte. Bestritten wurde der Brief nicht, der Reichskanzler Bülow versprach, daß keine Wiederholung einer solchen Mitwirkung des Scharfmacherverbandes mehr stattfinden werde, aber Posadowsky blieb und die bürgerlichen Parteien hielten über ihn gegenüber allen sozialdemokratischen Angriffen ihre schützenden Hände.

Die Zuchthausvorlage hat das Zentrum in Rückblick auf seine Arbeiterwähler, die vom Zuchthaus ebenso bedroht waren, wie die „gottlosen Sozialdemokraten“, abgelehnt, aber dazu, einen Schritt weiterzugehen und das Koalitionsrecht der Arbeiter weiter auszubauen und gegen kapitalistische wie polizeiliche Angriffe zu sichern, konnte es sich nicht entschließen. Zu dieser negativen, indirekt unternehmerfeindlichen Stellungnahme war das Zentrum von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion genötigt worden, die ihrerseits die Konsequenz aus der abgehoffenen Zuchthauskampagne gezogen hatte und bei der ersten Gelegenheit versuchte, sie in die Praxis umzusetzen. Diese Gelegenheit bot die Abänderung der Gewerbeordnung zum Zwecke der Regelung der Gestandvermittlung und Stellenvermittlung, der Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln für die Konfektionsindustrie etc., wobei die genannte Fraktion versuchte, die volle, uneingeschränkte Sicherung des Koalitionsrechts und Gleichstellung der Arbeiter mit den übrigen Reichsangehörigen zu schaffen. Die bezüglichen Anträge wurden von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt und damit der eklantante Beweis geleistet, daß im Kampfe gegen die Arbeiterklasse die Bourgeoisie trotz aller politischen und wirtschaftlichen Differenzen untereinander vollkommen einig ist und alle Machtmittel der bestehenden Gesellschaft benutz, um die arbeitende Klasse niederzulassen.

## Der Kampf in Birmaens.

Die Birmaenser Geschäftswelt sieht bereits kolossal die Schädigung durch die Ausperrung. Das geniert aber die Herren des Fabrikantenvereins nur wenig. Der Detailhändler hatte den Versuch zur Einigung unternommen. Sie sind abgeblieben. Gerade so abgeblieben wie die Herren vom Ministerium. Sie waren uns keine Minute im Zweifel über die Absicht der Fabrikanten, trotzdem versuchten wir es noch mit der Anrufung des Herrschers als Einigungsamt. Auch dieses schiedem nur die Herren ab und zeigten, wer es eigentlich ist, der die Sache von vornherein zur Maßnahme gemacht hat. Wir geben hiermit das Resultat aus ihrer Versammlung vom Sonnabend wieder:

„Nach langer Beratung entsloß man sich, diesem Rufe nicht Folge zu leisten und zwar aus folgenden Gründen:

1. weil bei der komplizierten Zusammenlegung des Einigungsamts und dem Umstande, daß die Feigheit und Verträmmeltheit seiner Partei angehören dürfen, das Ermittlungsverfahren bei dem vorhandenen riesigen Material enbloße Störungen im Gefolge hätte,
2. weil diejenigen Streitpunkte, bei denen eine Unterwerfung unter ein Schiedsgericht denkbar wäre, durch direkten Verkehr der Parteien schon beigelegt wurden,
3. weil der Fabrikantenverein über den § 4 heute unjenseher einem Schiedsgericht sich nicht mehr unterwerfen kann, als die Berufnisse sich herart vergrößert haben, daß die große Mehrheit der Fabrikanten heute bedeutende Betriebs-einschränkungen vornehmen muß.

Dagegen erklärt sich der Fabrikantenverein jederzeit bereit — nach Annahme des § 4 durch die Arbeiter — in Unterhandlungen über ein Schiedsgericht einzutreten, welches alle zukünftigen Streitigkeiten abschließen soll.“

Die Bevölkerung wird nun trotz alles Ableugnens sehen, wie sehr es den Herren, trotzdem sie sich der Öffentlichkeit gegenüber als unschuldige Lämmer geben, ernst ist, wenn sie von dem Wohl und Wehe der ganzen Bevölkerung reden. Nichts als Scheuerei, wie wir es schon einmal genannt haben. Wenn man den Frieden gemollt hätte, so hätte man den Fall Paque anders unterstellt als einseitig. Aber man wollte den Streik, die Auslagerung der Arbeiter. Einer der Herren, der stets Friedensschalmeien bläst, aber der Saupfänder ist, hat es im Stadthausaal in seiner nicht selbst verschuldeten Ueberläuberei verraten, indem er sagte: Er habe Paque veranlaßt, die Sache dem Fabrikantenverein zu unterbreiten, Paque habe sich aber geweigert. Paque mußte selbst, daß er nicht unschuldig an der Sache war, daß er eine solche Verantwortung nicht auf sich nehmen konnte, er mußte zu erst klar gemacht werden.

Der Herr, der dieses bezeugte, mußte dabei sehr gut, daß die Sache beigelegt worden wäre, wenn man die Vermahlung der Organisation ausgesetzt hätte. Das wollte er aber nicht, er wollte die Ausperrung, er wollte dieselbe schon im Dezember und hatte damals die Mehrheit alle schon gezogen. Doch wurde ihm die Gelegenheit entzogen, dafür mußte ein anderer klar gemacht werden.

Krausig ist es nur, daß sich eine ganze Anzahl anderer Fabrikanten eine solche Masche gefallen lassen. Wir wissen es ja, daß wohl ein Versuch ist, die das ganze Ding nun durchsichtiger haben und gerne abgefragt wären, sie fürchten aber, den Brief bezähnen zu müssen. Wie ungeduldig jedoch diese Furcht ist, beweist, daß ein sehr hoher Ansehensbesitzer seine Meinung, allerdings privatim, dahin präziserte, daß benutzten Fabrikanten, welche ihren Austritt aus dem Verein erklärten, niemand etwas anhaben könnte, denn es sei dies ein Verstoß gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung. Demnach ist wohl der Versuch zu bezwecken, wenn einer Mitglied bleibt, so daß er aber zurücktritt, ist er erfüllt. Also daselbe, was wir bereits früher gesagt haben. Wenn nur die einseitigen Fabrikanten vielleicht mehr Rücksicht auf die Geschäftleute nehmen wollten. So könnten sie ganz ruhig die Scharfmacher die Hörner allein einrennen lassen; es wäre gemiß nicht ihr Schaden.

## Mit der Brutalität paart sich jetzt die Scheuerei

Bei den Birmaenser Schußfabrikanten. Das „Schußmacher-Fachblatt“ hat es ihnen angedeutet, das kräftig und zum großen Meger der „Herren“ für die bedrückten Opfer maßloser Fabrikantenwillkür eintritt und die Dinge beim rechten Platten nennt. In einem Flugblatt an die Bevölkerung in Birmaens klagen die „armen, mißhandelten“ Fabrikanten, daß sie wieder einmal falsch verhandelt worden sind, „es handelte sich — und das haben sie fettgedruckt — für sie gar nicht um eine Lohnfrage, noch um die Verquickung der Organisation“. Diese „schwarze Verleumdung“ widerlegen sie damit, daß sie sich hätten verpflichten wollen, als eine der Bürgschaften des Friedens, für längere Zeit keine Lohnreduktionen vorzunehmen.

Daß in Birmaens einige Arbeiter aus Offenbach, Weihenfelds, Erfurt etc. sind, gilt ihnen als Beweis, daß die Löhne und Verhältnisse in Birmaens bessere sind, als in letzteren Orten. Und nun gar die Organisation der Arbeiter vernichten. Wer den Birmaenser Schußfabrikanten solche Unrat zutraue, der tenne ihr gutes Herz noch lange nicht. Hören wir, was die Herren der Schußmetropole vornehmlich schreiben:

„Wir sind mir wirklich in der Verquickung der Organisation als solche, unter Feind, so hätten wir die Gelegenheit noch schwach war.“

Das wollen wir nicht! Warum? (Gödt! D. Red.)

Wir sind als moderne Menschen weit davon entfernt sind, unseren Arbeitern ein Recht streitig zu machen, das wir selbst in Anspruch nehmen.

Wir sind als Schußfabrikanten, die selbst mitten im schmerzlichen Kampfe uns Dasein sehen, nur zu gut wissen, daß man niemand vernichtet soll, für Verbesserung seiner Lage zu schaffen und wenn es not tut, auch zu kämpfen.

Wir sind ferner wissen, daß Fälle denkbar und auch schon vorgekommen sind, wo einseitiges Vorgehen der Arbeiter gegen ungerechtfertigte (Dies Wort ist im Original ganz fett gedruckt. D. R. d. „Fachblatt“) Maßnahmen einzelner Unternehmer geradezu notwendig wird.“

Weiter konnten wir erst nicht lesen, unter Gewissen schmürte uns die Brust zusammen und wir hammelten im stillen eine Entschuldigung, daß wir diesen verarmten Lämmern in Birmaens schweres Unrecht getan, daß wir sie bitter getränkt haben. Sie wollen ja gar keine Lohnreduktionen, sie wollen ja die Organisationen nicht vernichten, gemiß nicht, die müssen gegen ungerechtfertigte Maßnahmen einzelner Unternehmer kämpfen.

Und das schreiben dieselben Fabrikanten mit dreifacher Strenge, die weil die Arbeiter gegen den ungerechtfertigten Lohnabzug der einzelnen Unternehmer Paque und König kämpften, die gesamten Arbeiter, 8000 an der Zahl, ausperrten, die alle gütlichen Vermittlungsversuche der gesamten Vertreter der drei Organisationen schände zurückwiesen, die selbst der freundlichen und unparteiischen Vermittlung der Behörden und Regierung den Stuhl vor die Läre setzten. Die obgleich unsere Vermittler alle Differenzpunkte preisgaben, dennoch auf ihrem Protestpunkt stehen blieben, wir nehmen nur die Arbeiter in Arbeit, die wir wollen, d. h. wir maßregeln sämtliche Betriebsstellen der Organisationen und werden nur eine Organisation bilden, die sich unserem Willen in jeder Beziehung beugt. Dieselben Brutalmenschen, die nicht genug daran haben, daß sie die Arbeiter mit ihren Familien in Birmaens dem Hunger preisgeben, wandeln sich auch noch an die Fabrikanten in ganz Deutschland, ja selbst in Birmaens, die sich an Bindungsgrad und Organisationsgrad gleichem wie ein Ei dem andern, sie können diesem Verlangen pünktlich nach.

Während wir diese Zeilen schreiben, sprechen drei Birmaenser bei uns vor, die uns erzählen, daß sie von Stadt zu Stadt, von Ort zu Ort gemandert sind, und überall, wo sie nach Arbeit fragten, selbst wenn Arbeit vorhanden war, sobald der Fabrikant das Wort Birmaenser hörte, ihnen die Läre wies.

Und diese entarteten Menschen meinen, wir müßten ruhig

bleiben bei der Sache, kein scharfes Wort gegen ihr Beginnen schreiben, möglichst gar der Meinung sein, daß wir ihr Tun einschuldigen müßten.

Dieselben Kränklichen, die den erneuten Versuch unserer Kollegen die Sache durch das Einigungsamt beizulegen, trotz wie immer zurückgegriffen haben, trotzdem es einer Anzahl Fabrikanten, wie wir aus sicherer Quelle wissen, schon Angst und Bange um ihr Geschäft wird, wagen es, ein solches Flugblatt zu schreiben. Das ist doch der Gipfel der Scheuerei. Zu das Gefasel von der Diktatur gehen wir nicht mehr ein, es ist dies ein zu abgenutztes Mittel. Wir erinnern daran, daß die Fabrikantenvereinskammer in „Schußmarkt“ und in „Schuß und Leder“ den Fall Paque und König selbst als Bagatelle bezeichnet haben, die nicht wert sei, einen solchen Kampf herauszufechten.

Und trotzdem beschäufeln sie diesen Kampf herauf. Um denselben zu vermeiden, liegen die Arbeiter alle Forderungen fallen, sie sperren trotzdem aus. Jetzt handeln sie, daß sie unschuldige Lämmer sind.

Das nicht euch nichts, ihr „Herren“ von Birmaens, ihr meint wohl die Bevölkerung hätte schon nach drei Wochen vergessen, wie ihr die Sache auf die Spitze treibt? Da tret ihr euch.

Jetzt suchen sie den Verein deutscher Schußmacher als politische Vereinigung und die Leiter als Sozialdemokraten und Hezer hinzuzufügen, um so Stimmung für sich zu machen.

Das wird euch nicht gelingen. Der Verein deutscher Schußmacher ist ein unpolitischer Verein, der keine Politik treibt und die Leiter des Vereins haben als solche nur die Interessen des Vereins und seiner Mitglieder zu vertreten. Wollen sie in dem Verein Politik treiben, würden sich die Mitglieder das verbiten. Welcher politischen Richtung der Einzelne angehört, kümmert den Verein nicht.

Der schlaue Trick der Heze gegen den Verein deutscher Schußmacher ist nur darauf angelegt, Zwiespalt zwischen den drei brüderlich zusammenhängenden Organisationen zu stiften. Auch das wird nicht gelingen.

Dann glaubt der Fabrikantenverein einen besondern Trumpf auszuspielen, daß in den Artikeln des „Fachblatt“ über die Schleuderkonturen und Schundworte geschrieben wird, die Birmaens der Industrie leidet. Als ob das nicht in ganz Deutschland bekannt wäre. Sicher gibt es heute eine viel große Zahl Fabriken in Birmaens, die keine gute Ware liefern, trotzdem aber billiger verkaufen, eben weil die Löhne geringer sind und durch die Heimarbeit gebildet werden.

Besonders der Mann „Birmaens“, in welchem die Lage der schließlichen Arbeiter in Parallel gezogen wird, hat, wie sie schreiben, ihren Groll erregt. Die Parallele bezog sich hauptsächlich auf die Praktiken des Fabrikanten Zwangs, die Misshandlung der Arbeiter etc., und das stimmt auf die Birmaenser Zwingerherren ganz genau.

Man kommt uns doch nicht mit der Pluralerei, daß die Schußfabrikanten niemals eine einzige Forderung der Arbeiter als berechtigt anerkannt hätten, oder daß sie anerkannt hätten, — daß ein einseitiges Vorgehen der Arbeiter gegen ungerechtfertigte Maßnahmen einzelner Unternehmer geradezu notwendig war.

Wir rufen den „Schußmarkt“ als Schmutzjungen auf. Wann haben Schußfabrikanten eine Forderung der Arbeiter, und war sie noch je berechtigt, als berechtigt anerkannt? In der Schußindustrie gibt es nur berechtigte Lohnabzüge, berechtigte Lohnreduktionen und Wahrung der Arbeiter und wer sich dem nicht fügt, wird ausgeperrt. Das ist das sozialpolitische Programm der Schußfabrikanten und der famose Vorwand in Bamberg gibt seinen Segen dazu.

Die Birmaenser Schußfabrikanten können uns wahrlich nicht nachweisen, daß wir bei Beginn des Kampfes nicht alles getan resp. vernommen hätten, um den Kampf zu beilegen. Wir können es auch offen sagen, wir haben nach Bamberg und Birmaens unaufgefordert unsern Rat dahin erteilt, alles aufzubieten, um den Kampf nicht zum Ausbruch kommen zu lassen und so weit als nur irgend möglich nachzugeben. Und die Leiter der Bewegung haben aus eigener Güte ein Maß von Entgegenkunft geübt und sind sicher weit über das Maß hinaus gegangen, was die Kollegen zu Birmaens wünschen. Diese Männer heute als die Hezer und Schuldigen darzustellen, das ist nicht zu sagen, dazu gehört das verdohrne Moralgefühl des oder der fabrikantischen Flugblattschreiber.

Jetzt, wo der Kampf entbrannt, wo die Niedertracht der Ausperrung gestift, werden wir die Sprache führen, die sich für solche Läten eignet.

## Herr Mann,

der Vorstehende des Verbandes deutscher Schuß- und Schäftefabrikanten, hat Stellung genommen zu dem Birmaenser Konflikt.

Dieser Schußkommerzentrat hatte sich bisher den Schutze verziehen, daß er vom Unternehmerstandpunkt aus das Organisationsrecht der Arbeiter anerkennt, was ihm einige Sympathien im Kollegenkreis eintrug. Daß er nicht von Art ist und sich so sehr gegen die eigene Wohlthat aller nur trügerischer Schein ist, beweist die neue Heldentat dieses Vorstehenden der geistig und sozialpolitisch rückwärtigen Fabrikanten. Was können aus einem Sumpf für Früchte abgehen?

Der „liberale“ Herr Kommerzentrat macht für uns zum Bittler seiner „human“ christlichen Zugbrüber und bittet — echt menschlich, die auswärts Arbeit tustenden Birmaenser Kollegen ebenso auszufragen wie in Birmaens.

Seine Bitte an die ihm jedenfalls geistig verwandten Fabrikanten lautet:

Verband der deutschen Schuß- und Schäftefabrikanten.

An unsere Mitglieder!

Der Birmaenser Fabrikantenverein teilt uns mit, daß in einer am 19. April abgehaltenen Arbeiterversammlung der Beschluß gefaßt wurde, circa 1000 Arbeiter an auswärts Schäfte abzuschieben, und er stellt an uns das Ersuchen der kollegialen Unterstützung.

Wir richten daher an unsere Mitglieder die Bitte, während der Dauer der Birmaenser Differenzen keinen Arbeiter aus Birmaens einzuführen, und auf diese Weise den Fabrikanten in Birmaens in dem ihnen aufgedrungenen Kampfe zur Seite zu stehen.

Geschrieben Man, Vorstehender.

Erst wirft man die Arbeiter Schuldlos auf die Straße, mit der Absicht, sie durch Hunger und Glend ihrer Menschenrechte und Menschenwürde zu berauben, und wenn einer diesem Los zu entkommen sucht, so verfolgt diese vornehmliche Gesellschaft, welche nur von dem Schweiß der Arbeiter ihren Wohlstand hat, diese ihre Opfer über ihre Grenzen hinaus, um sie unerträglich dem Hunger und Glend preiszugeben. Und da wundern sich diese Parvenüs auch noch, wenn die Arbeiter und ihre Organe eine scharfe Sprache führen. Sollen sich die Arbeiter für dieses Birmaenser Unnützlich noch bedanken?

Die Klut, die diese Herren geschaffen, werden sie nicht mehr überbrücken.

Herr Mann, Ihre geistesverwandten Freunde werden Ihnen Beifall zollen, aber auch die deutschen Schußarbeiter werden Sie voll und ganz verstehen und wissen, was sie von diesem „prächtigen“ Verband und seiner noch „prächtigeren“ Leitung zu erwarten haben.

Schußmacher Deutschlands! Sammelt, sammelt für die Birmaenser Opfer!



Also nicht neue Forderungen hätten die Arbeiter gestellt, sondern nur verlangt, daß der vereinbarte Lohn weiterbezahlt werden solle. Die Fabrikanten erklärten, sie hätten objektiv geprüft und hätten Paque im Recht gefunden. Wir haben erklärt: Wir sind bereit, den Fall Paque dem Einigungsamt des Gewerbegerichts oder einer anderen unparteiischen Kommission, in welcher auch Arbeiter vertreten sind, zur Prüfung zu unterbreiten und werden uns jedem Schiedspruch fügen. Warum hat man dies nicht getan? Hat man die unparteiische Untersuchung gewünscht? Warum hat man es bei den Einigungsverhandlungen unter Vorsitz des Herrn Bürgermeister zur Beilegung gemacht, daß der Fall Paque nicht unterjocht werden darf? Wir wollten den Fall Paque gestellt, wollten ihn unterjocht haben, weil wir diese Untersuchung nicht zu frühesten hatten.

Wie Herr Paque, welcher als der loyale Mann hingestellt wird, mit seinen Arbeitern verfahren, davon sind mehreren nur ein Beispiel. Anfang Februar gingen 5 Arbeiter auf das Kontor und beschwerten sich bei Herrn Paque, daß sie für einen Zehntel 70 Pfg. zu wenig erhielten. Herr Paque fertigte diese Arbeiter hart folgendermaßen ab: „Ich weiß schon, was Ihr wollt, überhaupt wie heißen Sie?“, so frag er der Reihe nach jeden und fügte hinzu: „In 14 Tagen ist Eure Zeit aus.“ Die Fabrikanten verlangen, daß jeder Arbeiter, welcher Grund zur Beschwerde zu haben glaubt, selbst kommen solle, denn müde der Beschwerde Rechnung getragen. Wie das geschieht, bemerkt der vorstehende Fall. Er beweist aber auch, daß die Arbeiter ohne Organisation machtlos sind, der einzelne wird vor die Tür geleitet und dies wollten die Fabrikanten. Wer nicht zufrieden, wer sich Abhilfe nicht gefallen läßt, steigt hinaus. Die Arbeiter können sich hiergegen nur durch die Organisation schützen, dies müssen die Fabrikanten, sie wissen, daß die Arbeiter vereint eine Macht bilden, mit der sie rechnen müssen; aus diesem Grunde soll die Organisation vernichtet werden, darüber helfen alle Sozialisten nicht hinaus.

Unsere „Allen-Marke“ biegt eine ganze Anzahl solcher und ähnlicher Fälle, auch von anderen Fabrikanten, wir können aufzählen. Wenn wir uns selber auf Einzelheiten nicht einlassen, so aus dem Grunde, weil wir immer noch auf Frieden hoffen.

Der Fabrikantenverein zitiert nun, um zu beweisen, daß wir die Nachfrage von vornherein aufgerollt hätten, einen Satz aus einer Anfrage, welche unser Kollege Selbmlüler — welchen sie, um jenem mehr Nachdruck zu geben, zum Bevollmächtigten unseres Vereins machen — in einer Zwölfterversammlung vom 24. März gehalten hat.

Wenn man zitiert, soll man richtig zitieren, aber freilich, dann würden die Herren ja ihren Zweck nicht erreichen können. Die Herren reißen einen Satz aus dem Zusammenhang heraus, dadurch erhält derselbe naturgemäß ein ganz anderes Gepräge. Laut „Birmalexer Tageblatt“ vom 25. März hat Kollege Selbmlüler folgendes ausgeführt: „... Der Kampf ist ein sehr ernst, indem nicht die Firma Paque allein in Betracht kommt, sondern hinter derselben steht der ganze Fabrikantenverein. Berechnen wir den Kampf und lassen wir Lohnreduktionen ruhig geschehen, dann folgen weitere Firmen mit eben solchen Maßnahmen und das müßte eine Erregung wäre unvorstellbar.“ Dann er folgt der Satz, den der Fabrikantenverein herausgreift: „Wir leben an der Schwelle“ u. s. w. Jeder unparteiische Leser wird finden, daß sich dieser Satz im Zusammenhang ganz anders ausnimmt, als wie in dem Flugblatt des Fabrikantenvereins angegeben.

Nun zu den gezeichneten Verhandlungen. Man verlangte von uns die Aufhebung der Sperre, wir die Zurücknahme der Abkündigungen, weil doch nach Absage des Fabrikantenvereins die über Paque verhängte Sperre die einzige Kränze gewesen sein soll. Der Herr Bezirksamtsmann, die Herren Regierungsbereiter erklären: „Es sei für sich verständlich, daß wenn wir die Sperre aufheben, auch die Abkündigungen zurückgenommen werden müßten.“ Jeder vernünftig logisch denkende Mensch muß dies als selbstverständlich betrachten, nicht so aber der Fabrikantenverein.

Wir sollen die Sperre bedingungslos aufheben, ohne daß man unterlegen darf, ob im Fall Paque die Arbeiter im Recht sind oder nicht. Ja noch mehr, man verlangt auch die bedingungslose Aufhebung der Sperre über König. Dort können aber selbst die Fabrikanten nicht von einem Irrtum reden, dort liegt klar, König hat seinen Gehaltsarbeiter am Lohn direkt abgezogen, bei Paque reden sie von einer irrtümlichen Auffassung. Davon kann doch bei König keine Rede sein, dieser Fall braucht gar nicht unterjocht zu werden, und trotzdem verlangen die Herren die bedingungslose Aufhebung der Sperre über die Firma König.

Wir wollen die Namen derjenigen Arbeiter wissen, welche nicht mehr eingestellt werden sollen und erklären, es ließe sich dann eventuell doch noch ein Ausgleich herbeiführen. Dies hat man uns verweigert. Die Arbeiter sollen die und vermehrt um Arbeit anfragen, und dann wollen die Herren sehen, ob und wen sie wieder einstellen wollen.

Das würde bedeuten, daß wir unsere Vertrauensleute den Herren preisgeben; sie selbst haben erklärt: Es handelt sich um etwa 150 Personen, welche nicht mehr eingestellt werden sollen. Dies konnten, dies dürfen wir nicht zugeben, das hätte die Organisation vernichtet. Wir haben die Herren nicht im Zweifel darüber gelassen, daß es uns ganz unmöglich sein würde, die Arbeiter zu bestimmen, einem bezwungenen Abkommen ihre Zustimmung zu geben. Wir haben die Herren ermahnt, sie sollten in ihrer Versammlung dahin wirken, daß die Fabrikanten von dieser Maßregel absehen. Dies wurde uns auch verweigert. Gaben sie ihr Wort gehalten? Der Herr Ministerialrat v. Raun und der Herr Zentral-Fabrikantepetitor Pollath machten

uns am Sonntag verschiedene Vorschläge zur Beilegung der Ausperrung. Diese Vorschläge wurden von uns angenommen. Der Herr Ministerialrat freute sich über unser Entgegenkommen und glaubte, es werde ihm nun gelingen, auch die Herren Fabrikanten zum Frieden bestimmen zu können. Der Ausschuß des Fabrikantenvereins hat diese Vorschläge einstimmig abgelehnt.

Wer war nun der Friedfertige? Daß wir einen dauernden und christlichen Frieden wollten, das war den Herren vom Fabrikantenverein schon im Dezember bekannt. Bei der Firma Schmirer und Hörsch hatten von Seiten der Arbeiter die Kollegen Frick, Höltermann, Reibel und Simon mit dem Ausschuß des Fabrikantenvereins über Beilegung der bestehenden Differenzen verhandelt. Wir einigten uns in der loyalsten Weise, so daß die Herren über höchste Befriedigung darüber ausgesprochen und wünschten, daß alle Differenzen, welche etwa noch entstehen würden, in der gleichen Weise mit uns geschlichtet werden. Die Herren erklärten ausdrücklich, sie sehen jetzt ein, daß wir gar nicht so schlimm seien als sie glaubten. Wir machten den Vorschlag, es solle eine Kommission, zu gleichen Teilen zusammengesetzt, alle vorliegenden Differenzen prüfen und entscheiden und geben die Versicherung, daß es dann überhaupt nicht mehr zu neuen Differenzen kommen würde. Wenn die Herren den Frieden gewollt, warum sind sie darauf nicht eingegangen?

Aber noch weiter. In demselben Tage, wo die Herren sich freuten, daß wir in der loyalsten Weise mit ihnen verhandelt hätten, erhielten wir die telefonische Nachricht, daß ein Flugblatt seitens des Fabrikantenvereins herausgegeben werde, welches uns in der schärfsten Weise angreife, es sei dies jetzt um so mehr zu bedauern, als die Herren sich über unser Entgegenkommen gefreut hätten, daher seien auch einige besonders scharfe Ausdrücke durch weniger scharfe ersetzt worden.

Auf unsere Bemerkung, daß doch, nachdem die Differenzen erledigt, es besser sei, das Flugblatt unterzulege, da dadurch doch nur von neuem Del ins Feuer gegossen werde, wurde uns erklärt, dies sei richtig und werde auch bekräftigt, aber es seien einige Scharfmacher im Fabrikantenverein, welche davon nicht abzurufen seien.

So sind nun die Helfer? Am andern Tage kam das bekannte Flugblatt. „Ein Mahnwort in letzter Stunde“, in welchem wir als bezahlte fremde Agitatoren bezeichnet und mit „Hühnerköpfe“ und dergleichen schönen Koketten angefeindet wurden und in welchem verhängt wurde: „Der Kampf wird aufgenommen!“

Also auf unserer Seite fortwährende Versicherung, daß wir einen mäßigen dauernden Frieden wollten. Von unserer Seite Vorschläge, welche diesen Frieden verbürgen. Auf Seiten der Fabrikanten das fortwährende Drohen mit dem Kampf. Diesen Kampf haben die Herren herausgehoren, die Verantwortung haben sie zu übernehmen.

Der Ausschuß des Vereins deutscher Schuhmacher des Bezirks Schuß- u. Lederwaren des Gewerbevereins d. Schuh- u. Lederarb.

### Mitteilungen.

**Düsseldorf.** In der am Montag, den 20. April stattgefundenen Mitteldeutschen Versammlung referierte Kollege Emanuel über das Thema: „Die Ausperrung der Birmalexer Kollegen“. Der Referent gab einen Überblick über die Entwicklung der dortigen Bewegung und ging mit dem Birmalexer Scharfmacher wegen ihrer brutalen Ausperrung der Arbeiter scharf ins Gericht. Nach sehr lebhafter Diskussion wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen: „Die Kollegen der hiesigen Zahlstelle protestieren mit aller Entschiedenheit gegen den brutalen Gewaltfall der Birmalexer Scharfmacher und erklären sich mit den dortigen Kollegen solidarisch, indem sie sich verpflichten, dieselben während der Dauer der Ausperrung moralisch und finanziell zu unterstützen.“ Um diesen Beschluß durchzuführen, wird von der Zahlstelle pro Mitglied und Woche 1 Mk. erhoben. Wir ermahnen nochmals die Kollegen, diesem Beschluß voll und ganz nachzukommen, denn der Krieg ist nicht nur gegen die Birmalexer Kollegen gerichtet, sondern auch gegen uns, gegen die Gesamtorganisation der Schuhmacher, und darum frisch auf ans Werk, nie ein jeder seine Schuldigkeit, dann ist der Sieg unser.

**Stuttgart.** Eine öffentliche Schuhmacherversammlung fand am Donnerstag, den 28. April im „Gewerkschaftshaus“ zum goldenen Bären“ im grünen Saal statt, in welcher Gewerkschaftssekretär Käfer über die Ausperrung der Birmalexer Kollegen sprach. Derselbe wandte sich besonders gegen den Gewaltfall und die Brutalität, die die Fabrikanten jetzt gegen die Arbeiter anwenden, darum sei es Pflicht aller Arbeiter, sich durch Anstich an die Organisation gegen solche „lebenswürdige“ Fabrikanten zu schämen. Redner forderte die anwesenden Kollegen auf, die Ausgesperrten nach Kräften materiell zu unterstützen. Für seine trefflichen Ausführungen wurde ihm reichlicher Beifall zu teil. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Oberpacher und Jgel, dieselben unterstützten die Ausführungen des Referenten und murterten die Kollegen ebenfalls zur Unterstützung auf, monach folgende Resolution angenommen wurde: „Die heutige öffentliche Versammlung bekundet den Kampfen in Birmalex ihre vollste Sympathie und verpflichtet dieselben während des Kampfes in materieller Beziehung kräftig zu unterstützen.“ Nachdem der Vorsitzende, Kollege Weismüller noch auf den 1. Mai sowie auf die Volksversammlung am 4. Mai aufmerksam gemacht hatte, schloß derselbe die Versammlung um 11 Uhr, in welcher circa 150 Kollegen anwesend waren.

### Verein deutscher Schuhmacher.

#### Bekanntmachung des Zentral-Vorstandes.

Der Zahlstelle Seifenswerder wurde auf ihren Antrag vom Vorstand gemäß § 5, Abs. 8 des Statuts die Genehmigung erteilt, einen Extrabeitrag von 10 Pfg. pro Quartal zu erheben. Der Zahlstelle Mainz wurde auf ihren Antrag vom Vorstand gemäß § 5, Abs. 8 des Statuts die Genehmigung erteilt, den bisherigen Extrabeitrag von 5 Pfg. auf 10 Pfg. pro Monat zu erhöhen. Es werden ferner in Mainz von nun ab pro Monat und Mitglied 10 Pfg. Extrabeitrag erhoben werden. Die Mitglieder der beiden Zahlstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtbezahlung dieser Extrabeitrag die Folgen des § 8, Abs. 1 nach sich zieht. Rürnberg, den 2. Mai 1908. Der Vorstand.

### Bekanntmachung.

Gestohlen wurde dem Kollegen Wilhelm Delsmer, geb. in Reigenau am 1. Juni 1878, eingetr. am 1. Januar 1900 in Dresden, das Mitgliedsbuch Nr. 20683. Sollte der Spitzhube Josef Romal verurteilt, Unterstützung zu ersuchen (Reisekosten hat er nicht), so ersuchen wir, denselben das Buch abzunehmen. Der Vertrauensmann.

### Agitations-Kommission für Rheinland und Westfalen.

Die Bevollmächtigten der Zahlstellen unseres Bezirks werden dringend ersucht, Selbstungen nur an den Kassierer Theodor Schürmann, Köln, Breitenstraße 57 zu richten. Auch empfiehlt es sich, kleinere Beträge in Briefmarken zu senden, die auch gelegentlich anderer Mitteilungen, an den Vorsitzenden der Agitations-Kommission gelangt werden.

Die Agitations-Kommission.  
J. W. S. Wagnal, Röhrender,  
Köln, Jülicherstraße 8.

### Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

(E. H. Nr. 91 Hamburg.)

In Gemäßheit des § 27 Abs. 2 des Statuts berufen wir hiermit eine

### außerordentliche General-Versammlung

auf Dienstag, den 7. Juli 1908 nach Schweinfurt ein. Tages-Ordnung:

1. Wahl des Bureau's und der verschiedenen Kommissionen.
2. Abänderung des Statuts.
3. Innere Kasienangelegenheiten.

Die einzelnen Wahlabschlüsse ergeben sich aus dem Statut. Ihnen kommen bei der 10. Wahlabteilung die Zahlstelle Mägeln, bei der 14. Wahlabteilung Gichtahl und Ingolstadt, bei der 15. Wahlabteilung Seibtronn, Hord und Schornborn, bei der 16. Wahlabteilung Lubwigshagen.

In Bezug kommen, weil aufgelöst, die Verwaltungsstellen Aue in der 10. und Gernsbach in der 12. Wahlabteilung. Die 1., 3., 4., 10., 13., 15., 16., 17., 19., 20., 22. und 28. Wahlabteilung wählt je zwei Abgeordnete, die übrigen Wahlabschlüsse nur je einen Abgeordneten.

Bezüglich der Wahlordnung verweisen wir auf die Instruktion zu § 27 des Statuts, Seite 27.

Als gewählt gilt nur derjenige, der die absolute Majorität aller in der betreffenden Wahlabteilung abgegebenen gültigen Stimmen für sich hat. Wo dies nicht der Fall ist, ist eine Stichwahl vorzunehmen zwischen den Kandidaten, die bei der Hauptwahl die relative größte Stimmenmehrheit auf sich vereinigt haben. Die Stichwahl hat in einer späteren Versammlung, nachdem das Resultat der Hauptwahl vom Vorstand festgestellt und den örtlichen Verwaltungen bekannt gegeben ist, stattzufinden.

Somit über die Hauptwahl als auch über die Stichwahl ist ein Protokoll anzufertigen. Diesbezügliche Protokollformulare erhalten die örtlichen Verwaltungsstellen zugesandt und wird dringend ersucht, dieselben in allen Teilen genau und richtig auszufüllen. Das Protokoll ist vom Bevollmächtigten und von drei in der Versammlung anwesenden Mitgliedern zu unterschreiben und mit dem Kasstempel versehen sofort an den Zentralvorstand einzusenden. Die Protokolle über die Hauptwahl sind bis spätestens den 5. Juni 1908, die über die Stichwahl bis spätestens den 27. Juni 1908 an den Zentralvorstand einzusenden. Später eingehende Protokolle finden keine Berücksichtigung.

Die Anträge zur Generalversammlung müssen spätestens bis zum 20. Juni 1908 beim Zentralvorstand eingereicht sein. Die Anträge des Vorstandes werden bekannt gegeben, sobald das abgeordnete Krankensicherungsgeßetz in seinem Zusammenhang bekannt sein wird. Hamburg, den 2. Mai 1908. J. L. Jaffe, Vorsitzender.

### Briefkasten.

Ebert, Karlsstraße. Sie erhalten das Gewünschte von J. Erner in Rerfeldburg.

## Anzeigen.

**Achtung! Stettin. Achtung!**  
Unser diesjähriges  
**Frühjahrs-Fest**  
bestehend in **großem Garten-Konzert** und **Tanz** findet am **Samstag, den 10. Mai, von samstags 3 Uhr** ab in dem Lokale des Herrn **U. H. I., Alleestraße 3/4** statt.  
Eintritt 10 Pfg. — **Tanz 75 Pfg.**  
Wir bitten sämtliche Kollegen mit ihren Bekannten zu erscheinen, da der Ueberseß für unsere ausgesperrten Birmalexer Kollegen bestimmt ist. Das Komitee.

**Schuhmacher auf gute Arbeit**  
für dauernd gefügt.  
**A. Platzdasch, Eisenach, Spaltenstraße 38.**  
Unserem langjährigen Mitgliede, dem Kollegen **Karl Gillebrandt** und seiner Frau **Fräulein Maria Denhus** zu ihrer am Sonntag, den 9. Mai stattfindenden grünen **Sohheit die herzlichste Gratulation**  
**Die Zahlstelle Bochum.**

### Die Pfeife „Central“

übertrifft alles bisher dagewesene.  
**Solide Arbeit. Bestes Material. Weiße Bohrung.**  
Ahnstehende Hornabguss mit Nicotin-Ringern, Weichrohr-Speichel-fänger, Trockenschacher, Gesundheitspfeife  
**L. Saam & Co., 23. Echte Feinst-Pfeife mit geschnittenem Jagdkopf Nr. 310. Preis 1.00.**  
Katalog über alle Arten **Sollinger Stahlwaren, Waffen, Werkzeuge, Gold- u. Lederwaren, Pfeifen** etc. gratis u. franco.  
**Saam & Co., Foche 200, Sollingen.**

### Erinnerungen an meine Wanderjahre.

Ein sehr gelungenes Bild. — Preis 30 Pfg.  
Zu beziehen durch die Expedition d. Bl.

**2 Schuhmacher** auf erste Herren- und Damen-Läden gesucht (Logisarbeit).  
**J. Reinhardt, Eberfeld, Röll 2.**

**Mitglieder-Versammlungen**  
finden statt in:  
Krankfurt am Sonntag, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr im „Schwarzburger Hof“.  
Kugsbürg am Sonntag, den 16. Mai, abends 8 Uhr 20 Min. im „Caféhaus zum Ochsen“, Bierschiff.  
Karmel am Mittwoch, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr bei Herrn A. Michel, Hamburgerstr. 161.  
Cottbus am Montag, den 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr bei West, Schloßstraße 12.  
Gildesheim am Montag, den 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Gohlfelderstr. 28.  
Karlsruhe am Montag, den 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Lokal „Zum Jähringer Löwen“.  
Königsberg i. Pr. am Montag, den 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Lokale der „Phönixhalle“, 205. Oberbergstr. 14.  
Röpenitz am Montag, den 11. Mai, abends 8 Uhr im Lokal von Fritz Mayer, Rosenstr. 101.  
Straußberg am Sonntag, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Lokal Franz Magnus, Wilhelmstr.

**Öffentliche Versammlungen.**  
Dresden am Montag, den 11. Mai, abends 9 Uhr in Rüdels Restaurant, Schönbrunnstr. 1.